



**Solidarität
macht stark!**



Suche

- Startseite**
- Wir über uns**
- Aktuelles**
- Service**
- Presse**
- Ansprechpartner
- Pressemeldungen
- Fotos und Hintergrund
- VdK-Zeitung
- Archive
- Logo
- Landesverbände**
- Mitglied werden!**
- Kontakt**
- Impressum**
- Datenschutz**
- Inhalt**
- RSS-Feed**



[Der VdK bei Twitter](#)

[Start](#) [Presse](#) [Archive](#) [Ausgabe März 2005](#)

Mittwoch, 01.02.2006

Plädoyer für eine Wertschöpfungsabgabe

[03/2005] Finanzbasis des Sozialstaats durch Mischsystem aus lohn- und kapitalbezogenen Beiträgen verbreitern

Es ist fraglich, ob Kassenbeiträge und Sozialversicherung auf Dauer an das Erwerbseinkommen gebunden bleiben können, weil der Lohnanteil am Bruttosozialprodukt und damit die Kasseneinnahmen tendenziell sinken. Für den Arbeitgeberbeitrag ist daher eine Art Wertschöpfungsabgabe nötig.

Bereits vor Jahren hat der VdK zu Bedenken gegeben, ob die Lohnbezogenheit der Beiträge zur Kranken-, Renten und Arbeitslosenversicherung mittel- und langfristig noch zukunftsfähig ist.

Die demografische Entwicklung muss die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht zwangsläufig verschlechtern. Diese hängt vielmehr von der Produktivitätsentwicklung, der Wertschöpfung, der Erwerbsquote der Frauen und von der Zahl derer, die Sozialversicherungsbeiträge leisten, ab.

Daher muss über eine breitere Finanzierungsgrundlage des Sozialstaats nachgedacht werden, beispielsweise indem die Nettowertschöpfung der Unternehmen und nicht nur die Lohnsumme als Bemessungsgrundlage der Arbeitgeberbeiträge herangezogen wird. Natürlich wäre eine reine Umstellung von der Lohnbezogenheit auf die Wertschöpfung falsch. Vielmehr müsste ein Mischsystem aus lohn- und kapitalbezogenen Beiträgen eingeführt werden.

Der Wertschöpfungsbeitrag könnte sich im Wesentlichen bemessen am betriebswirtschaftlichen Gewinn von Steuern. Freibeträge, beispielsweise in Höhe der Beitragsbemessungsgrenze zur Sozialversicherung, könnten Klein- und Mittelbetriebe vor überproportionaler Belastung schützen helfen. Es wäre auch denkbar, Betriebe mit weniger als 16 Beschäftigten ganz oder teilweise vom Wertschöpfungsbeitrag zu befreien.

Lohnintensive Betriebe tragen heute die Hauptlast der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Aber die menschliche Arbeitskraft wird zunehmend, vor allem in den Großbetrieben, durch den Einsatz neuer Technologien ersetzt. Der nur lohnbezogene Arbeitgeberbeitrag benachteiligt alle Unternehmen, die in ihren Betrieben weitestgehend auf den Produktionsfaktor Mensch angewiesen sind. Bevorzugt sind die Betriebe, bei denen der Faktor Kapital/Maschinen die überwiegende Rolle spielt.

Daher wäre es an der Zeit, eine neue Berechnungsformel für den Arbeitgeberbeitrag zu finden. Damit würde zugleich die Chancengleichheit für lohn- und kapitalintensive Betriebe hergestellt. *(Walter Hirrlinger)*

[Zum Seitenanfang](#)

Kurzlink zu dieser Seite: <http://vdk.de/de7632>

Presse-Kontakt

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Sozialverband VdK Deutschland
In den Ministergärten 4
10117 Berlin

Telefon 030 72629-0400

Telefax 030 72629-0499

[✉ presse@vdk.de](mailto:presse@vdk.de)

Pressemeldungen

[Altersarmut jetzt bekämpfen. Rentenniveauabsenkung stoppen](#)

11.9.2012 - "Endlich ist das Thema Altersarmut auch bei den beiden großen Volksparteien angekommen. Aber um Altersarmut in Deutschland jetzt einzudämmen und künftig zu vermeiden, reichen weder das Zuschussrentenkonzept von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen noch das aktuell vorgelegte Rentenpapier der SPD aus", so Ulrike Mascher, Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland.

[VdK kritisiert Rentenbeitragsenkung](#)

29.8.2012 - Als "kurzsichtig und wenig vorausschauend" kritisiert die Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland, Ulrike Mascher, den heutigen Kabinettsbeschluss, den Rentenversicherungsbeitrag von derzeit 19,6 auf voraussichtlich 19,0 Prozent zum 1. Januar 2013 ab zu senken.

[Arbeiten, weil die Rente nicht reicht](#)

28.8.2012 - Für den Sozialverband VdK ist die stark gestiegene Zahl an Minijobbern unter den Rentnern ein Hinweis für die wachsende Altersarmut in Deutschland.

[VdK kritisiert Gesetzentwurf zur Stärkung der Alterssicherung](#)

9.8.2012 - Als "unzureichend" bezeichnete die Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland, Ulrike Mascher, den von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen vorgelegten Gesetzentwurf zur Stärkung der Alterssicherung.

Publikation



Sozialrecht + Praxis ist die Fachzeitschrift für Sozialpolitiker und Schwerbehindertenvertreter. [→ Bestellen!](#)

